Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 304. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Donnerstag, den 30 Dezember 1926

Neujahrshoffnungen.

Mit allerhand überaus unerfreulichen Mißtönen hat das alte Jahr geendet und wir hoffen nur, daß die politische Musik, die im neuen Jahr erklingen wird, derartige Disharmonien nicht mehr aufweist.

Sonst können wir eigentlich zufrieden sein mit dem, was das vergangene Jahr uns gebracht hat; freilich darf man bei dieser Zufriedenheit doch die Feststellung nicht vergessen, daß manches hätte besser sein können. Das gilt vor allem für die Wirtschaft. Als Geschenk kam uns der englische Streik, der ein starker Ansporn für große Zweige unserer Wirtschaft war; freilich haben auch hier andere Teile der deutschen Wirtschaft unter diesem Streik zu leiden gehabt. Andererseits darf man sich nicht verhehlen, daß die durch den Streik erzeugte Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft doch eine treibhausartige ist und daß sich im nächsten Jahre, im Kampf schärfsten Wettbewerbes, erst erweisen muß, ob dieses Aufblühen beständig bleibt. Es muß sich auch erst noch erweisen, ob der weitere Anstoß, den namentlich das Weihnachtsgeschäft dem Geschäftsleben gegeben hat, nicht durch einen Rückschlag wieder aufgehoben wird oder ob auch hierin der Ausdruck einer günstigen Entwicklung liegt.

Betrachten wir also das Wirtschaftsleben des vergangenen Jahres mit einem heiteren und einem nassen Auge, so gilt das gleiche auch für das politische Leben unseres Volkes. Dabei ist freilich das heitere Auge auf die Außen-, das nasse Auge auf die Innenpolitik gerichtet. Denn über letztere kann man wirklich nur weinen. Es scheint nachgerade deutsches Schicksal zu sein, jedesmal zu Neujahr in einer Regierungskrise zu stehen. Das war im vergangenen Jahre so, war auch der Fall vor zwei Jahren. Nun geschah es zum drittenmal. Daß sich die innenpolitischen Gegensätze auch nur abgeschliffen hätten, kann man leider nicht sagen. Gewiß betrachten im grauen Einerlei des Alltags die auseinanderstrebenden Deutschen den andersdenkenden Volksgenossen durchaus nicht als Schuft und Schurken, bloß, weil er eben politisch anders denkt; aber in dem, was man politisches Leben nennt, prallen die Gegensätze schärfer und rücksichtsloser denn je aufeinander. Die letzten Tage, in denen der Reichstag noch zusammen war, brachten diese Schärfe der Gegensätze in besonders unerfreulicher Form zum Ausdruck, und kein Mensch weiß zurzeit, wie die Brücke gebaut werden soll, auf der politisch-parlamentarisch der Weg in die Zukunft führt. Die Neunmalweisen raunen von Reichstagsauflösung; das wäre freilich eine unangenehme Gabe, die uns das neue Jahr bescheren könnte.

Wenn man einen Wunsch an dieses neue Jahr hat, dann ist es vor allem der eine, daß wir Deutsche uns doch parteipolitisch einander etwas nähern mögen, weil es unendlich besser ist, angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Kampf um die politischen Weltanschauungen einzuschränken. Allzusehr würde sich allerdings das deutsche Volk auch über eine Reichstagsauflösung mit darauffolgendem Wahlkampf nicht mehr aufregen.

Ein klein wenig erfreulicher ist die außenpolitische Lage an der Jahreswende. Wir überschätzen gewiß nicht die Tatsache, daß wir im vergangenen Jahre Mitglied des Völkerbundes geworden sind, wenn wir darauf hinweisen, daß wir praktische Früchte nur dadurch geerntet haben, daß im Anfang des vergangenen Jahres ein geringer Teil des besetzten Gebietes geräumt worden ist. Gewiß ein Jahr zu spät, aber es bedeutete doch immerhin den Anfang, und wenn jener Germersheimer Bürger, den ein französischer Offizier erschoß, mit seinem Blut die Besatzung in den noch fremder Herrschaft unterliegenden Gebieten hinwegspült, so ist er tatsächlich für sein deutsches Volk gestorben. Denn das muß das außenpolitische Ziel sein, an dem wir mit unablässiger Energie im neuen Jahre festhalten: Alles Land, auf dem noch fremde Truppen stehen, muß geräumt werden. Es muß wirklicher Frieden in Europa herrschen, nicht ein durch die Gewalt der Bajonette aufrechterhaltener.

Nicht wolkenlos ist der politische Horizont: noch ist das Gewitter nicht vertrieben, das im Osten aufgezogen ist. Und im Westen mußte manchem deutschen Gutgläubigen erst der Zwischenfall von Landau die Augen öffnen. Wir sind noch nicht soweit, all das Bittere und Furchtbare, das wir Machtlosen nach dem Kriegsende haben hinunterschlucken müssen, nun einfach vergessen zu können. Auf der anderen Seite wird auch nicht vergessen, immer noch die Siegerstellung auszunutzen.

Nur langsam arbeitet die Geschichte, erst allmählich mildert sie die Gegensätze. Ein Schritt auf diesem Wege soll auch das neue Jahr sein. Ein Schritt nur, kein Sprung. Denn es strauchelt, wer Hindernisse einfach überspringen will. Man muß sie aus dem Wege räumen, in harter, mühseliger Arbeit. Das wird auch im neuen Jahre das Ziel unserer Außenpolitik sein, damit wir endlich wieder den Platz erreichen, den das deutsche Volk auf Grund seiner Größe und seiner Leistungen für sich verlangen kann. Und der erste Schritt auf diesem Wege soll jener sein, der allen Deutschen auf deutschem Boden die Freiheit beschert.

Der deutsch-italienische Vertrag

Schieds- und Freundschaftsvertrag mit Italien.

Unterzeichnung in Rom.

Der deutsch-italienische Schiedsgerichts- und Freundschaftsvertrag ist in Rom durch den deutschen Botschafter Dr. v. Neurath und Mussolini unterzeichnet worden. Mussolini hatte ursprünglich die Unterzeichnung deutscherseits durch Dr. Stresemann selbst gewünscht, der bei seiner ärztlich verordneten Erholungsreise nach dem Süden eine Begegnung mit dem italienischen Ministerpräsidenten haben sollte. Da Dr. Stresemann diese Reise indessen vorläufig wegen der innenpolitischen Schwierigkeiten aufgegeben hat, hat Botschafter v. Neurath die Unterzeichnung für Deutschland vorgenommen.

Der Vertrag ist gleichartig den Abkommen, die Deutschland bereits mit anderen Mächten abgeschlossen hat. Alle Streitigkeiten irgendwelcher Art müssen nach dem Vertrag, wenn sie nicht in angemessener Zeit auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, dem Schiedsgerichtsverfahren oder dem Vergleichsverfahren unterworfen werden. Dem Schiedsverfahren sind insbesondere unterworfen Streitigkeiten über Bestand, Auslegung und Anwendung bestehender Verträge, Fragen des internationalen Rechts, Verletzungen zwischenstaatlicher Verpflichtungen und deren Wiedergutmachung. Das Schiedsgericht entscheidet nach den zwischen den beiden Mächten bestehenden Übereinkünften, nach dem internationalen Gewohnheitsrecht und den von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätzen. Jede Nation ernennt einen Schiedsrichter, drei weitere werden von ihnen gemeinsam berufen. Die Entscheidungen erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit.

Für das Vergleichsverfahren wird ein ständiger Vergleichsrat gebildet, dessen fünf Mitglieder, genau wie die Mitglieder des Schiedsgerichts, berufen werden. Auch er beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Technisch ist seine Aufgabe dahin definiert, daß er einen Bericht erstatten soll, der den Sachverhalt feststellt, und wenn die Umstände des Falles dazu Veranlassung geben, Vorschläge für die Beilegung der Streitigkeit enthält. Das Vergleichsverfahren ist also das politisch bedeutsamere Verfahren, das in allen den Fällen angewandt werden muß, die zu einer Kriegsgefahr führen können.

Die italienische Presse beschäftigt sich in ausführlichen Kommentaren mit dem Vertrag, dem sie mehr juristische als politische Bedeutung beimißt. Die römischen Blätter weisen darauf hin, daß die Verhandlungen von dem Willen getragen gewesen seien, eine stabile und widerstandsfähige Einigung zu erreichen. Mussolini und Stresemann hätten schon während der Verhandlungen Gelegenheit gehabt, die Öffentlichkeit beider Länder aufzuklären und vor aller Welt auszusprechen, daß der Vertrag nicht gegen eine dritte Macht gerichtet sei und keine bestimmten politischen Zwecke verfolge. Die Blätter betonen weiter, daß durch den Vertrag die Beziehungen zwischen Rom und Berlin endgültig geklärt würden, was im Sinne der faschistischen Außenpolitik zur Festigung des Friedens beitragen müsse.

Dreitägige Schlacht in Nikaragua.

Schwere Niederlage der Regierungstruppen.

Die Kämpfe, die zwischen den Liberalen und den Konservativen in Nikaragua in den letzten Tagen geführt worden sind, haben vorläufig mit einem vollen Erfolg der Revolutionäre gegen die bis jetzt bestehende konservative Regierung des Generals Diaz geendet. Den Anhängern der Liberalen ist es gelungen, die Zugänge zum Condidosluß zu gewinnen und damit einen Bezirk in ihre Gewalt zu bringen, in dem eine amerikanische Obstverwertungsgesellschaft tätig ist. Nach einer Reutermeldung wurde beim Rückzug der Regierungstruppen die aus 400 Mann bestehende Nachhut entweder niedergemacht oder gefangen. 600 Mann flüchteten in die neutrale Zone von El Bluff, wo sie durch die nordamerikanischen Marinesoldaten entwaffnet wurden. Die Schlacht zwischen den Liberalen und den Regierungstruppen, die mit einer Niederlage der letzteren endete, dauerte drei Tage. Die Regierungstruppen waren allerdings weniger zahlreich als ihre Gegner und hatten nur Maschinengewehre zur Verfügung, während die Liberalen sogar zwölf Geschütze hatten.

Admiral Latimer,
Kommandant des amerikanischen Landungskorps in Nikaragua.

Die Haltung Amerikas gegenüber den neuen Verhältnissen in Nikaragua ist noch nicht ganz durchsichtig. Während Newyorker Meldungen davon zu berichten wissen, daß die amerikanische Regierung nach einer Konferenz im Weißen Hause eine Änderung ihrer Nikaraguaer Politik beschlossen habe, besagen Pariser Meldungen, daß Amerika weitere 6000 Mann in Nikaragua landen will. Gegen die Landung der bisherigen amerikanischen Truppenmacht in Nikaragua hat der Washingtoner Vertreter der liberalen Gegenregierung eine Protestnote überreicht, in der u. a. der Kommandant der amerikanischen Landungstruppen, Admiral Latimer, beschuldigt wird, unter Verletzung des Völkerrechts in Nikaragua eine Zensur eingeführt zu haben. Das amerikanische Staatsdepartement und das Marineministerium erklären hierzu, daß sie keine Kenntnis von der Verhängung einer Zensur hätten.

Sturmverheerungen an der spanischen Küste.

Über 100 Barken untergegangen.

Ein starker Zyklon hat an der spanischen Mittelmeerküste gewütet. Über 100 Barken sind untergegangen und spurlos verschwunden. In Castellon wurde der Leuchtturm umgeworfen und die Mole weggespült. In Valencia wurden alle Häuser überflutet und ein Kinderhospital von haushohen Wellen zerstört. Die Kinder konnten noch im letzten Augenblick gerettet werden. Im Innern des Landes herrscht strenge Kälte. In Segovia beträgt die Temperatur 17 Grad unter Null, in Madrid starben in einer Nacht fünf Personen infolge der Kälte.

Die Deutschenausweisungen aus Memel.

Ungenügende Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten.

Der neuernannte litauische Ministerpräsident, Woldemaras, stattete dem Memelgebiet einen Besuch ab. Er empfing bei dieser Gelegenheit Abordnungen des Landtages sowie der Presse, mit denen die Frage der Ausweisung Reichsdeutscher aus dem Memelgebiet besprochen wurde. Der Ministerpräsident äußerte dabei, daß die Frage noch offen sei und daß er vorläufig noch keine Auskunft geben könne. Die Frage, ob diese Angelegenheit Einfluß auf die deutsch-litauischen Verhandlungen haben würde, verneinte der Ministerpräsident, denn es handele sich um eine rein lokale Maßnahme, über die noch entschieden werden würde. Es bestehe zurzeit in Litauen Kriegszustand, und die Kriegskommandanten hätten die Verpflichtung, für die Sicherheit des Staates zu sorgen.

Nach Auffassung Berliner politischer Kreise müssen die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten, Woldemaras, über die deutschen Ausweisungen als völlig unbefriedigend bezeichnet werden. Nach deutscher Ansicht dürfe kein Unterschied zwischen der litauischen Regierung und der Militärgewalt gemacht werden. Wie es heißt, ist die Reichsregierung entschlossen, mit allen Mitteln die Interessen der Reichsdeutschen zu vertreten und würde bei einer ungenügenden Regelung der Angelegenheit auch vor entsprechenden Konsequenzen nicht zurückscheuen.

Dem litauischen Gesandten in Berlin ist im Auswärtigen Amt erklärt worden, daß die Durchführung der Ausweisungen die Einleitung bzw. Durchführung der deutsch-litauischen Verhandlungen unmöglich mache.

*

Protest des Reichsverbandes der Deutschen Presse.

Der Reichsverband der Deutschen Presse erhebt vor aller Welt schärfsten Protest gegen die Bedrückung der deutschen Zeitungen in Memel und insbesondere gegen die Ausweisung von drei deutschen Redakteuren aus dem Memelgebiet. Diese Ausweisung stellt einen durch nichts begründeten brutalen Willkürakt dar, der nicht nur gegen jede Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit verstößt, sondern auch eine schwere Verletzung der internationalen Verpflichtungen Litauens bedeutet. Der Reichsverband der Deutschen Presse spricht

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF